

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 282-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2806-2807

Kommunisten rufen nach Amnestie.

In Sowjetrußland.

Die „Dresdener Volkszeitung“ veröffentlicht folgenden Notschrei aus Rußland:

An das internationale kommunistische und mit ihm sympathisierende Proletariat über die Repressalien gegen die Arbeitergruppe der Kommunistischen Partei Rußlands.

Die Arbeitergruppe der KPR. besteht ausschließlich aus Arbeiterkommunisten, welche nicht als Beamte in den Sowjets, Gewerkschaften und Parteistrukturen, sondern unmittelbar in den Fabriken und Betrieben arbeiten. Endgültig hat sie sich im März 1923 formiert, indem sie als ideale Basis für ihre Tätigkeit das von ihr herausgegebene „Manifest“ angenommen hat. Die herrschende Schicht der KPR., die bürgerliche Verlage legal bestehen läßt, will aber das legale Auftreten der Arbeitergruppe nicht erlauben, so daß diese vom ersten Schritt an zu unterirdischer, illegaler Arbeit verurteilt war. Trotzdem begann die Gruppe schnell zu wachsen und sich zu stärken.

Wir gehen hier nicht auf alle ihre Prinzipien im einzelnen ein, weil man sich mit ihnen durch das „Manifest“, das in deutscher, russischer und englischer Sprache gedruckt ist, selbst bekanntmachen kann. Wir wollen hier nur sagen, daß die Arbeitergruppe in der Frage der „Einheitsfront“ eine Auffassung vertritt, die sich der Berliner Opposition der KPR. und KZP. nähert. Aber die Gruppe begnügt sich nicht mit der Frage der „Einheitsfront“ in ihrer Durchführung in den Ländern, in denen die Macht der Bourgeoisie gehört, sondern wendet sie auch auf die russischen Verhältnisse an und kommt dort zu einer ganz anderen Lösung:

Sie hält es nämlich für notwendig, daß die Arbeiterklasse als herrschende Klasse dort Freiheit des Wortes und der Presse haben muß.

Was alle anderen Fragen anbelangt, so strebt die Gruppe zur Verstärkung der Diktatur des Proletariats durch Heranziehung der Arbeiterklasse an die Verwaltung des Staates und der Industrie mittels Klassenorganisationen: Arbeiterdeputiertenräte in den Fabriken und Betrieben und Produktionsverbände.

Die Arbeitergruppe hat nichts gemein mit der sogenannten „Arbeiter-Wahrheit“, welche zur Liquidierung alles dessen strebt, was an den Erregungshorizonten der Oktoberrevolution kommunistisch ist, und daher ganz menschenwürdig ist.

Die Kommunisten aller Länder und besonders der proletarische Teil ihrer Parteien, die gehört haben, daß die Arbeitergruppe in illegalen Verhältnissen zu existieren gezwungen ist, und die sich mit dem Manifest bekanntgemacht haben, sind sehr erlaunt über die unkluge Politik des Zentralkomitees der KPR., die dieses der Arbeitergruppe sowie der Arbeiterklasse im ganzen gegenüber treibt. Aus Furcht vor solchen Wirkungen macht die russische Zentrale alle Anstrengungen, um die Arbeiterklasse ganz einseitig zu informieren, manchmal sogar direkte Lüge anwendend.

Was die Verfolgungen anbelangt, welche gegen die Arbeitergruppe vorgenommen werden, so wird nicht nur die Arbeiterklasse im Ausland nicht informiert, sondern

auch innerhalb Rußlands darüber strengstes Geheimnis bewahrt und sogar von den Zentralen der ausländischen kommunistischen Parteien werden die Tatsachen der Repressalien gegen die Arbeiterkommunisten verschleiert und verschwiegen.

Die Massenverhaftungen, die an den Mitgliedern der Arbeitergruppe verübt werden, die Hungerstreiks und Verbannungen nach den sibirischen Gefängnissen der Genossen G. Masnikow, N. Kusnezow, Prostatow u. a. sowie auch die Verbannungen aus Moskau aller derjenigen, die nur in dem Verdacht stehen, mit der Arbeitergruppe zu sympathisieren; alles dies zeigt, inwiefern die Politik der Zentrale der KPR. verderblich ist für die gesomte Arbeiterklasse der Welt.

Gegen die Sozialrevolutionäre, gegen Menschewiki, die Bourgeoisie usw. sind solche Unterdrückungsmaßnahmen verständlich (! Red. d. „V.“).

aber nie können die proletarischen Kommunisten aller Länder die Verfolgungen gegen die kommunistische Arbeitergruppe verzeihen.

Und diese Linie der russischen Zentrale ist erste Linie der Untergrabung der Autorität, die die ausländischen Arbeiterkommunisten und sowjetrussische Arbeiterklasse vor den Augen der werktätigen Masse hat: Sie ist verderblich für die ganze proletarische, kommunistische Bewegung.

Wir wollen, daß die kommunistischen Parteien aller Länder, die der Dritten Internationale angehören, nachdem sie sich mit dem oben erwähnten Manifest bekanntgemacht haben, selbst urteilen, ob die Zentrale der KPR. richtig handelt, indem sie solche Politik führt, ob sie unsere Arbeit im Kampfe gegen die Sozialverräter aller Länder und die kommunistische Beeinflussung der Arbeiterklasse nicht erschwert.

Wir fordern, daß ihr Kommunisten aller Länder die Moskauer regierenden Genossen zwingt, die politisch gefangenen Arbeiterkommunisten zu befreien und überhaupt die Repressalien gegen die revolutionäre kommunistische Opposition einzustellen.

Schnell zur Hilfe, Genossen! Mit Gruß:
Die Internationale Gruppe der Kommunisten.

Im Namen ihrer Gesinnungsgenossen und im eigenen Namen haben unterzeichnet:

Rostowski, Rußland; Wajiljoff, Rußland; Stranmirowa, Rußland; Ali Akbar, Indien; Berger, Tschekoslowakei; M. Sagar, Afghanistan; A. Lepyn, Lettland; Pühlinger, Deutschland; Berlin; E. Bersyn, Lettland; Harz, Deutschland; Hamburg; Brach, Polen; Warschau; E. Kasakowa, Rußland; Kurt Steinbrecher, Deutschland; E. Lauterbach, Deutschland; Achmed Halijew, Tartar. Republik.

Ein zweiter Aufruf wendet sich im Namen der russischen kommunistischen Arbeiter gegen die „von Größenswahn befallenen autokratischen Führer“ und berichtet u. a. folgendes:

Die schändlichsten und schamhaftesten Repressalien übte man gegen den bekannten, alten Bolschewisten G. Masnikow aus, dem die kommunistischen Nachhaber bereits einmal im Berliner Gefängnis drei Kugeln in die Zelle lieferten, um sich dieses einflussreichen und beliebten Arbeiterkommunisten zu entledigen. Die Schüsse trafen nicht. Masnikow wurde freigelassen und ohne Bitterkeit, nein, mit noch viel größerer Liebe ging er an seine Arbeit. Seine Kritik an den franken und falschen Tendenzen der KPR., KZ. und Sowjetregierung sowie seine Fingerzeige für deren Heilung und Richtigeinstellung führten jetzt erneut dazu, ihn in das sibirische Gefängnis in Tomsk zu werfen und seine Frau mit zwei kleinen Kindern und einem Säugling ebenfalls nach Sibirien zu verbannen. Die Jarenregierung erachtete die sibirischen Gefängnisse und Sümpfe für die barbarischsten Strafen, die sie ihren Feinden, den Revolutionären, antun konnte und Sowjetrußland schickt heute seine besten Kämpfer und revolutionärsten, kommunistischen Genossen in die gleichen Kerker und ungesunden Sümpfe. Den Genossen Kusnezow, Prostatow und vielen mehr ging es genau so. Die Frau von Kusnezow wurde mit zwei kleinen Kindern (das jüngste ist zwei Monate) nach Bernal verjagt und Genossin Prostatowa schickte man mit fünf Kindern nach Semipalatinsk (Sibirien).

Mit dem Weltkapital verbündete „bürgerliche Banditen“ und kaiserliche Generale, so wird weiter ausgeführt, seien amnestiert worden, Hunderte von Kommunisten lasse man aber weiter in den Gefängnissen schmachten. Die kommunistische Arbeiteropposition fordert daher die kommunistischen Arbeiter Europas nochmals auf, in ihren Verfammlungen Resolutionen für die Amnestie der Kommunisten nicht nur in den andern Ländern, sondern auch in Sowjetrußland anzunehmen.

genommen. Sodann wurden aus der französischen Zone des allbelegten Gebiets eine Reihe höherer, unmittelbarer Verwaltungsbeamter zu ihrem Amte wieder zugelassen.

Die Verhandlungen in der Unterkommission für Zollfragen sind, soweit zollrechtliche Fragen vorliegen, zu einem gewissen Abschluß gelangt. Die alliierte Zollregimeverwaltung ist in weitgehendem Maße mit den deutschen zollgesetzlichen Vorschriften und den dazugehörigen Ausführungsbestimmungen und sonstigen Anordnungen versehen und hat damit ihre Dienststellen versorgt, die nach den Vondener Abmachungen verpflichtet sind, ab 21. September auf Erhebungen jeder Art nur die im unbesetzten Deutschland geltenden Befehle und Tarife anzuwenden. Aus der Anwendung der deutschen Vorschriften ergibt sich u. a. ohne weiteres, daß zwischen dem unbesetzten Deutschland und den besetzten Gebieten die Ueberweisung von Waren im zollgebundenen Verkehr ohne Verhinderung stattfinden kann. Die weiteren Verhandlungen werden im wesentlichen die wichtige Frage der Wiederaufnahme der deutschen Zollbeamten zum Dienst in den besetzten Gebieten zum Gegenstand haben, worüber eine befriedigende Lösung noch nicht erzielt ist. Insbesondere gilt es, noch vor dem 21. Oktober spätestens die Tätigkeit in den besetzten Gebieten wieder vollständig aufzunehmen, den Dienst der nicht beschlagnahmten Verbrauchssteuern zu voller Wirksamkeit zu bringen und dem Reiche das Auskommen dieser Einnahmen zu sichern.

Die Henkerarbeit in Georgien.

Der Aufstand ein Werk der Provokation.

Die Veröffentlichungen in der sowjetrussischen Presse werfen ein völlig neues Licht auf den Aufstand in Georgien, der jetzt von den Moskauer Herrschern mit den grauamsten Mitteln niedergeworfen wird. Aus diesen Veröffentlichungen geht unwiderlegbar hervor, daß die bolschewistische Regierung die Fäden des heranreisenden Aufstandes in Händen hielt, aber seinen Ausbruch absichtlich nicht verhinderte, um die oppositionelle und revolutionäre Bewegung in Georgien im Blute erstickend zu können.

Es ist noch erinnerlich, daß die Moskauer Regierung Ende August, unmittelbar nach dem Ausbruch des georgischen Aufstandes, Aufrufe des früheren Chefs der georgischen Volksarmee, des Genossen Baliko Dshugeli veröffentlichte, in denen dieser seine Parteifreunde anlehnte, von einem bewaffneten Aufstande Abstand zu nehmen. Diese Aufrufe waren aus dem Gefängnis geschrieben, in dem Dshugeli sich schon einige Wochen befand. Der Ton einiger Stellen dieser Briefe, in denen beispielsweise die „Humanität“ der Tscheka gelobt wurde, weckte erhebliche Zweifel an ihrer Echtheit. Jetzt liegt der Wortlaut der Briefe Dshugelis in der Tifliser sowjetamtlichen Zeitung „Sarja Wostoka“ vor. Trotz verschiedener Verstümmelungen, die von den kommunistischen Kerkermeistern an den Briefen vorgenommen wurden, machen sie im allgemeinen den Eindruck, daß sie tatsächlich aus der Feder Dshugelis stammen. Ob sie in allen Punkten echt sind, kann jetzt nicht mehr festgestellt werden, da Dshugeli mit vielen anderen Genossen erschossen worden ist.

Aus den Briefen geht hervor, daß Dshugeli Mitte April aus dem Auslande nach Georgien zurückgekehrt war, um die Verhältnisse im Lande näher kennen zu lernen und, wenn möglich, an die Organisation eines Volksaufstandes zu schreiben. Am 6. August wurde er verhaftet und zwar unter Umständen, die ihn daran hinderten, wie er beabsichtigt hatte, Selbstmord zu begehen. Die Art der Verhaftung und das Verhör, dem er unterzogen wurde, überzeugten ihn, daß er das Opfer des Verrats und der Provokation der ihm nahestehenden Kreise geworden war. In der Nacht vom 7. zum 8. August versuchte er, sich die Pulsadern zu öffnen und eine Blutvergiftung herbeizuführen, aber das ersehnte Ende trat nicht ein. Bei ihm erschien nun der Vorsitzende der georgischen Tscheka, der Kommunist Kwantaliani und unterbreitete ihm Dokumente, aus denen hervorging, daß die Tscheka nicht nur über die geheime Korrespondenz ihrer Gegner auf das genaueste unterrichtet war, sondern auch mit Hilfe ihrer Lockspitzel die Möglichkeit hatte, in jedem beliebigen Augenblick die Verhaftung und Unschädlichmachung der georgischen Revolutionäre vorzunehmen. Unter dem Eindruck dieser Enthüllungen kam Dshugeli zu der Ueberzeugung, daß ein Aufstand unter den obwaltenden Verhältnissen Wahnsinn wäre und daß man alles aufbieten müsse, um die zum Ausbruch drängende Aufstandsbewegung zurückzudämmen. Er entschloß sich deshalb, obwohl er befürchtete, daß seine Handlungsweise falsch ausgelegt werden würde, in der kommunistischen Presse einen Aufruf an seine Gesinnungsgenossen zu veröffentlichen, in dem diese aufgefordert wurden, von einem Aufstande abzusehen, um unnützes Blutvergießen zu verhindern. Er ging noch weiter: Er schlug der Tscheka vor, daß er sich persönlich an seine Freunde wenden würde, um sie von einem Aufstand zurückzuhalten. Als „Sicherung“ verpflichtete er sich, unmittelbar vor seiner Freilassung ein stark wirkendes Gift zu sich zu nehmen, das seinen Tod herbeiführen mußte.

Dieser Vorschlag Dshugelis wurde von der Tscheka abgelehnt. Auch seine Briefe, die er kurz nach seiner Verhaftung geschrieben hatte, wurden nicht veröffentlicht. Die Tscheka hatte Zeit. Nach ihrem eigenen Geständnis hatte sie alle Fäden des Aufstandes in Händen. Sie wartete aber, bis die Dinge weiter heranreisten. Der Aufruf Dshugelis an seine Anhänger wurde erst am 29. August am ersten Tage des Aufstandes, in der sowjetamtlichen Zeitung „Sarja Wostoka“ veröffentlicht. Die Absicht war klar: Der Aufstand sollte ausbrechen. Die von Dshugeli unter heftigem moralischem Druck erprehten Dokumente sollten dann in die Reihen der Aufständischen Wirrwarr hineintragen. Noch am 29. und 30. August wurden Dshugeli und zwei andere verhaftete sozialdemokratische Führer in offenen Wagen durch die Straßen von Tiflis geführt, um die Deffentlichkeit von der Echtheit der am vorherigen Tage veröffentlichten Briefe Dshugelis zu überzeugen. In der Nacht zum 31. August wurde er zusammen mit 23 anderen Genossen, die schon seit längerer Zeit im Gefängnis saßen und in keinerlei Beziehungen zu dem Aufstand standen, erschossen.

Nach diesem Mord, für dessen Berrücktheit keine entsprechende Kennzeichnung vorhanden ist, schickten die weiteren Erschießungen von gefangenen Sozialisten, von aufständischen Arbeitern und Bauern ein, die das Entsehen der ganzen Kulturwelt wachgerufen haben. Täglich werden neue Truppenverstärkungen aus Rußland nach Georgien geworfen; die ungeheure militärische Uebermacht der russischen Okkupanten hat den verzweifelten Widerstand der Aufständischen gebrochen. Jetzt wird von den Militärs und den Tscheka-Leuten „ganze Arbeit“ gemacht und das unglückliche Land mit einem Meer von Blut überschwemmt.

Alle Versuche, diesem Blutvergießen Einhalt zu gebieten, sind bisher vergeblich gewesen. Der Vorschlag des Präsidenten der aus dem Lande vertriebenen sozialdemokratischen Regierung, Genossen Jordania, den georgischen Konflikt schied-

„Regierungserweiterung“?

Die Volkspartei beim Reichskanzler.

Wie die Telegraphenunion erzählt, ist der Fraktionsvorstand der Deutschen Volkspartei heute vormittag 12 Uhr vom Reichskanzler zu einer Besprechung empfangen worden, die im Augenblick noch andauert. Dem Kanzler wurde eine Entschlüsselung überreicht, die sich mit der Frage der Regierungserweiterung befaßt.

Die Verhandlungen in Koblenz.

Zurücknahme der Ausweisungen. — Rückkehr der Verwaltungsbeamten. — Die Zollfrage.

Koblenz, 25. September. (WZB.) Die Rheinlandkommission ließ gestern der deutschen Abordnung in Koblenz eine weitere Liste zugehen über Zurücknahme von Ausweisungen in der französischen Zone des allbelegten Gebiets, die 364 Namen enthält. Die Restliste der Ausgewiesenen weist nach der der deutschen Abordnung vorliegenden Nachweisung nunmehr noch 74 Namen auf. Ueber eine weitere Aufhebung von Ausweisungen werden die Verhandlungen fortgesetzt. In der belgischen Zone sind alle Ausweisungen von Privatpersonen bis auf eine zurück-

gerichtlich zu regeln, ist ebenso wie der Versuch des Völkerverbundes und einzelner sozialistischer Politiker, die Moskauer Regierung zur Mäßigung zu veranlassen, an der Starrköpfigkeit der großwahnsinnigen Herrscher im Kreml gescheitert. Sie haben es nicht der Mühe wert erachtet, auf den Kern der Angelegenheit einzugehen, sondern haben mit derselben Ueberheblichkeit wie seinerzeit die zaristische Regierung die Erörterung der georgischen Frage als eine „redliche Einmischung“ in die inneren Angelegenheiten Russlands bezeichnet und zur Rechtfertigung ihrer Ablehnung das Ammenmärchen über eine angebliche „Verschwörung“ des Völkerverbundes und der Sozialistischen Internationale gegen Sowjetrußland verbreitet.

Jetzt, nachdem die eigentlichen Hintergründe des Aufstandes in Georgien ziemlich klar zutage treten, versteht man auch die Gründe der Ablehnung. Die Moskauer Regierung war sich dessen bewußt, daß das georgische Volk sich niemals mit dem Bruch der im Jahre 1920 abgeschlossenen Verträge und dem im Frühjahr 1921 vorgenommenen gewaltsamen Besetzung des Landes abfinden würde. Die barbarische Unterdrückung aller politischen Freiheiten und Selbständigkeitsbestrebungen, gegen die selbst Lenin in seinen vertraulichen Briefen an Trotzki vom Dezember 1922 auf das schärfste protestierte — ohne allerdings die Möglichkeit zu haben, die Politik des an seine Stelle getretenen „Direktoriums“ zu ändern — tat ein Übriges, um die unter der Decke schwelende Erbitterung des georgischen Volkes zu verstärken. Vergebens suchte die georgische Sozialdemokratie mit allen Mitteln die Gärung zurückzudämmen und ihre Anhänger vor einem Aufstand, der nur eine heroische Torheit gewesen wäre, zu warnen. Selbst solche Elemente der Partei, wie Genosse Dshugeli, die die Reizung zeigten, auf die Vorbereitung eines Aufstandes hinzuwirken, lehnten, als sie die wirkliche Lage der Dinge erkannten, ihren ganzen Einfluß ein, um den Aufstand zu verhindern. Das entsprach aber nicht den Plänen der bolschewistischen Machthaber. Sie wollten den Aufstand, um hinterher über „Verschwörung“ und „Intervention“ zu zetern und die revolutionäre Bewegung in Georgien mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Angeichts dieser Sachlage nimmt sich die gespielte Entzückung der Sowjetregierung und ihrer kommunistischen Soldschreiber in den westlichen Ländern wie ein Hohu auf Vernunft und Menschlichkeit aus. Man kann mit Fug und Recht behaupten, daß die Sowjetregierung nicht nur durch ihre bisherige Politik in Georgien, sondern auch durch ihr Verhalten unmittelbar vor dem Aufstand die Hauptschuld an dem neuen Unheil trägt, das über Georgien hereingebrochen ist. Hätte sie gewollt, so wäre der Aufstand nicht ausgebrochen. Jetzt aber kann von der ganzen Welt die Anklage gegen sie erhoben werden, daß sie in raffiniertester Weise einen Aufstand vorbereitete, um ein mit Waffengewalt erobertes Land endgültig unter ihre Krute zu bringen. Das in Georgien vergossene Blut kommt auf das Haupt der Moskauer Sowjetregierung.

Das Ja aus Angst!

Geständnisse eines Beteiligten.

In einer deutschnationalen Mitgliederversammlung in Essen hat der deutschnationale Abg. Reuhaus, der mit für das Eisenbahngesetz stimmte, zur Begründung seines „Ja“ folgendes ausgeführt:

„Wir haben ja gesagt, weil wir uns darüber klar waren, daß eine Reichstagswahl stattfinden würde im Zeichen der Arbeitslosigkeit infolge Ablehnung der Gesetze, im Zeichen des sozialistischen Schlagwortes vom Brotwucher wegen der Zollvorlage. Man hätte weiter gesagt, die Deutschnationalen seien daran Schuld, daß Dortmund nicht geräumt würde. Sie seien verantwortlich für die schwere wirtschaftliche Krise, die unbedingt Platz greifen hätte. Wer glaubt, mit dieser Parole die deutschnationalen Mandate vervielfältigen zu können, dem sage ich ins Gesicht, daß er sich auf einem Holzwege befindet. Wir hätten weiter das Verhältnis zur Deutschen Volkspartei, die auf ein Ja

eingestellt war, auf Jahre hinaus erschüttert, ganz abgesehen vom Zentrum. Wir hätten dann weiter die Verewigung der Großen Koalition in Preußen und mit ihr Kurt Seegerings. Denken Sie weiter an die kulturellen Gesichtspunkte, Schulgesetzgebung usw. Auch hier hätten wir unbedingt an Einfluß verloren. Aus all diesen Gründen haben wir uns sagen müssen, wenn außenpolitisch nichts mehr zu retten ist, dann wollen wir wenigstens innenpolitisch retten, was zu retten ist.“

Je mehr die Herrschaften sich verteidigen, desto mehr reiten sie sich in die Lunte. Bisher galt als offizielle Version, die Freitagswahl habe die Abstimmung freigegeben, weil davon die Bewilligung der Ministerliste abhängt. Mumm sagt, er habe mit Ja gestimmt, weil er von der Verneinung zur Bejahung überzugehen für zeitgemäß hielt, und attestierte gleichzeitig den Reinsjagern, daß sie zwar wüßten, wogegen sie kämpften, aber niemals wofür! Reuhaus aber gesteht jetzt, daß er aus Angst vor den Reichstagswahlen lieber mit „Ja“ gestimmt hat, um „innerpolitisch“ wenigstens die deutschnationalen Mandate zu retten! Keine Ueberzeugung, die bleiche Angst um den Besitzstand trieb den 48 die Ja-Zettel in die linke Hand, während die rechte den Reinzettel zückte!

Was aber taten die 50 Reinsjäger? Sie wollten die Arbeitslosigkeit, den Brotwucher, die Verzögerung der Räumung des Ruhrreviers — kurz, sie wollten alles das, was Reuhaus verhindern wollte. Oder etwa nicht?

Die Spekulation in Rentenpapieren.

Der Aufwertungsausschuß gegen die Spekulanten.

Der Aufwertungsausschuß des Reichstags hat sich in seiner heutigen Sitzung mit der von uns in der Morgenausgabe wiedergegebenen Mitteilung „aus parlamentarischen Kreisen“ beschäftigt, in der behauptet wurde, daß der Antrag des Zentrums über die allgemeine Aufnahme des Zinsdienstes bei öffentlichen Anleihen sicher eine Mehrheit finden werde. Er hat einmütig eine Erklärung beschlossen, die feststellt, daß alle Behauptungen dieser Art unwahr sind.

Wir begrüßen diese Stellungnahme des Ausschusses, die erkennen läßt, daß er die Absicht der Urheber dieser Notiz, die Spekulation in Rentenpapieren weiter anzureizen, durchkreuzen will. Der Ausschuß hat zu einem solchen Abrücken von der Spekulation um so mehr Veranlassung, als einzelnen seiner Mitglieder bereits seit längerer Zeit von angesehenen Zeitungen deutlich der Vorwurf gemacht wird, daß sie diesem Treiben der Spekulation nahesteht. So heißt es zum Beispiel in einem Aufsatz im Handelssteil der „Frankfurter Zeitung“:

„Je stiller es im sogenannten Aufwertungsausschuß wird, desto intensiver lassen sich die deutschen Spekulanten durch eine Mutmaßung anspornen, die, wenn sie sich befähigen würde, allerdings an der öffentlichen Moral zuwiefeln hieße. Man behauptet nämlich fest und fest, daß in der Umgebung einzelner parlamentarischer Persönlichkeiten, darunter solcher, die dem Aufwertungsausschuß nahesteht, eine rege Beteiligung an dem spekulativen Treiben stattfindet. Früher waren solche Börsengerüchte vorwiegend auf reichsstehende Kreise zugeschnitten und abdernerweise sogar ein politisches Handelsobjekt in der Aufwertung gesehen worden. Seit das Dawes-Gutachten erledigt ist, ohne daß eine regierungsjetige Zusage auf „Aufwertung“ bekannt wurde, verdächtigt man Anhänger einer in der Mitte stehenden Partei. Es ist zuzugeden, daß keinem Menschen der Erwerb deutscher Reichspapiere verübelt werden kann, auch keinem Parlamentarier; aber ein solcher Parlamentarier muß sich dann unter allen Umständen bei den Bestrebungen, der Reichsregierung jetzt eine Anleihefinanzierung abzugewinnen, neutral verhalten. Und auf eine bloße Spekulation, welche auch schon die Auffassung der Anhänger vergiften kann, sollte er sich ebenfalls nicht einlassen. Solange kein Beweis gegen die Integrität unserer Politiker feststeht, möchten wir uns jenem Verdachte nicht anschließen. Aber bei der traurigen Vermischung von Politik und Geschäft, wie sie sich in größeren Fragen des öffentlichen Lebens mehr und mehr zeigt, halten wir es doch für angebracht, mit einer Warnung vorzubeugen, damit man nicht

später in die Lage kommt, von einem deutschen Bankrott zu sprechen. Fälle von berechtigter materieller Interessensvertretung sind denkbar. Wenn beispielsweise aus unbedeutenden Zentrumskreisen der bekannte, mit dem demokratischen und sozialdemokratischen konkurrierende und sehr weitgehende Antrag auf Gewährung einer niedrig beginnenden und allmählich steigenden Wiederverzinsung alter Anleihen und Kriegsanleihen gestellt worden ist, so mag es durchaus verständlich sein, daß dabei unter anderem ein gewisse bedeutende Kirchenvermögen und an die sozialen Verpflichtungen, die zahlreichen geschädigten Stiftungen obliegen, gedacht wurde. Aber unmöglich könnte man es entschuldigen, wenn daraufhin in der Umgebung der Antragsteller nun Hausaufwertungen in den gedachten Fonds unternommen worden wären.“

Wir bedauern es, daß das Zentrum es bisher nicht für notwendig gehalten hat, zu diesen Vorwürfen Stellung zu nehmen. Das dürfte nicht nur im eigenen Interesse notwendig sein, sondern auch im Interesse der Erhaltung des Ansehens des Parlaments und zugleich im Interesse einer befriedigenden Lösung der so ungeheuer schwierigen Aufwertungsfrage.

Im Unterhaus des Aufwertungsausschusses verteidigte auch heute morgen Reichsfinanzminister Dr. Luther seine Anschauung, wonach das Reich höchstens imstande sei, einen Sozialfonds für die wirtschaftlich bedürftigen Inflationsverlierer zu schaffen. Von den Rednern, die sprachen, pflichteten ihm die Mehrzahl bei. Auseinander gehen aber die Anschauungen darüber, in welcher Höhe dieser Sozialfonds errichtet werden soll. Finanzminister Luther machte eine Reihe Vorschläge, die aber den Abgeordneten nicht weit genug gingen. Sie hielten die dafür im Aussicht gestellte Summe für viel zu niedrig. Gegenwärtig drehen sich nun, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, die Verhandlungen darum, in welcher Form, in welcher Höhe und in welcher Richtung die Verpflichtungen zur Speisung dieses Sozialfonds für die Reichsverwaltung lauten sollen.

Starker Rückgang der Anleihepapiere.

Die Spekulation in Anleihen hat, durch die Ausführungen des Reichsfinanzministers zur Aufwertungsfrage durch die bisherige Stellungnahme des Aufwertungsausschusses einen schweren Stoß erlitten. Die Börse verfolgt die Vorgänge am Anleihemarkt zwar mit äußerster Spannung, hält sich aber bis zu einer völligen Entscheidung oder wenigstens bis zu einem abschließenden Bericht des Unterhausauschusses von den Geschäften so ziemlich fern. Heute lag natürlich ein ziemlich bedeutendes Angebot vor, das hauptsächlich aus Kreisen bestand, die der Börse fernere sehen. Die meisten bisherigen Favoriten unterliegen ziemlich besitzigen Schwankungen. Kriegsanleihe setzte mit 905 ein und ging auf 889 (gegen 1140 am Vortage) zurück. Schutzgebiete wurden mit 7½ (8¼—9¼), Zwangsanleihe mit 17½, 3½proz. preußische Konjols mit 1340 (1700—1750), 23er R.-Schätze mit 320 (400—445) genannt. Verhältnismäßig gut gehalten und zum Teil sogar lebhaft begehrt waren 24er R.-Schätze mit 650.

Der Landtag wieder beschlußunfähig.

Die Abban-Abstimmung abermals resultatlos.

Der Preussische Landtag nahm heute die am Mittwoch infolge der Beschlußunfähigkeit des Hauses vertagte namentliche Abstimmung über die Entschlebung des Beamtenauschusses, wonach bis zum Eingang des durch das Justizministerium zu erstellenden Gutachtens jeder weitere Abbau von Wahlbeamten zu unterbleiben hat, noch einmal vor. Auch heute ist das Haus beschlußunfähig, da nur 201 gültige Stimmen abgegeben wurden.

Infolge dessen setzte der Vizepräsident Garnich sofort eine neue Sitzung an. Das Haus geht an die Fortsetzung der Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung. Genosse Heilmann erhält als erster Redner das Wort. Er spricht eingehend gegen die Schutzvorklage der Reichsregierung.

Die Ausstellung in München. Der Reichsbund der Jungsozialisten ersucht uns um die Mitteilung, daß keine Ortsgruppe in München an der Ausstellung im dortigen Gewerkschaftshaus, die zu Erörterungen in der Presse geführt hatten, nicht beteiligt war.

Wenn ich ein Hohenzoller wäre.

Von Albert Gerth.

Der Generalvertreter des Hauses Hohenzollern, v. Berg, behauptet, daß die Hohenzollern jährlich bei niedrigster Schätzung 1¼ Millionen Goldmark nötig haben. Da er zugleich die Zahl der Mitglieder des Hohenzollerhauses auf 43 angibt, so müßte nach seiner Berechnung jeder dieser Zollernsprößlinge mindestens für den Monat 2500 Mark beziehen. Auch die Schul- und vorschulspflichtigen Kinder.

„Mindestens für den Monat 2500 Mark!“

Ich als normaler Mitteleuropäer habe ein Einkommen von monatlich 130 Mark. Mit meiner Frau und zwei Kindern zusammen. Selbstverständlich. Wäre ich zufällig als Prinz geboren worden, so hätte ich jetzt 2500 Mark zu beanspruchen. Und mit meiner Frau und den Kindern zusammen 10 000 Mark.

Nehmen wir an, ich wäre jetzt ein Hohenzoller. Oder besser, ich bleibe, was ich bin, häre aber von heute ab das Einkommen eines Hohenzollern. Also 2500 Mark. Nicht 10 000 Mark. Auf die 7500 Mark verzichte ich gern zugunsten von 100 Arbeitslosen.

Was würde ich nun mit den 2500 Mark anfangen?

Zunächst für mich eine neue Manchesterhose. Bei der alten sitzt schon ein Stück auf dem anderen. Dann würde ich meine Schuhe sofort besohlen lassen und brauche nicht bis zum nächsten Ersten zu warten. Meine Frau bestimme ein Paar hohe Schuhe. Die wollte sie schon im vorigen Jahr zu Weihnachten haben. Und immer wieder haben wir verschieben müssen. Jedem Kind würde ich dann ein wolleenes Hemd kaufen. Es geht zum Winter. Aber die Freude dann! Einmal ungeflecktes Hemden! Und für die Kinder kaufe ich auch Schuhe. Die 2500 sollen doch alle werden. Also nicht zu zaghaft! Ich würde gleich auf einmal 30 Zentner Kohlen kaufen. Und auch 15 Zentner Kartoffeln. Vor allem würde meine Frau halt 70 Mark jetzt 140 Mark Wirtschaftsgeld kriegen. Sie könnte dann jedesmal 1 Pfund Fleisch kaufen, nicht ein halbes wie bisher. Und jeden Sonntag zum Nachmittagskaffee (selbstverständlich von jetzt ab echte Bohnen) würde es Kuchen geben. Und statt Margarine jetzt Molkereibutter und statt 1 Liter Magermilch jeden Tag 2 Liter Vollmilch. O, o! Das wären ja paradiesische Zustände! Den Jungs kaufe ich einen Fußball. Den wollten sie schon immer. Und auch das schöne Buch von Robinson und die Märchen von Grimm. Und auch Pole Poppenpäker. Dem Alten an der Friedenstrasse gäbe ich nich jeden Sonntagend 10 Pf., sondern 1 Mark. Und ich kaufe mir endlich die Werke von Ferdinand Freiligrath und Fritz Reuter und die „Amstelruse“ von Karl Hensell. Die wünschte ich mir schon immer für den Sonntag vormittag. Und meine Frau könnte die „Frauenwelt“ gleich für ein Vierteljahr besohlen.

Was dann noch? Ich muß schon nachdenken.

Jeden Sonntag könnte ich mir eine Zigarre erlauben. Ich würde auch ins Theater gehen. Zuletzt habe ich die „Journalisten“ gesehen. Das war 1920. Und die Jungs dürften einmal mit ins Kino. Da könnten wir sogar den 1. Platz nehmen.

Was weiter? Ja, beim nächsten 14-Tage-Urlaub würde ich zu meinen alten Eltern nach Polen fahren. Lange war ich nicht mehr dort. Kostet doch das Wesum für einen Paß 100 Mark.

So, was dann noch? Rechnen wir mal erst die Ausgaben zusammen. Das gibt mit der Polenreise etwa 500 Mark. — Kann, da bleiben ja noch 2000 Mark übrig. Das ist ja unmöglich. Was mache ich nur?

Aber halt. Ich kaufe mir keine Manchesterhose, sondern gleich einen ganzen Anzug. Und ein Paar ganz neue Stiefel. Für jedes Kind gleich ein halbes Duzend Hemden. Zum Theater gingen wir öfter. Und selbstverständlich gibts jeden Tag Fleisch und Kuchen. Es sind ja 2500 Mark. Gott, ich brauche ja gar nicht zu arbeiten. Denn wofür bekommen die Prinzen das Geld. Und eine ganze Kiste Zigaretten kaufe ich mir. Und da ich gezwungen bin, auf dem Lande zu wohnen, ohne aber selbst Land zu haben — meine nächste Stadt und Wohnstation sind 20 Kilometer weit — würde ich mir sofort einen halben Morgen Land pachten. Wenn der frühere Kronprinz 40 000 Morgen als Eigentum besitzt, kann ich auch wohl einen halben Morgen beanspruchen. Und dann ... Ja, weiter möchte ich im Augenblick gar nichts.

Und für den nächsten Monat gibts schon wieder 2500 Mark. Ich glaube, da würde ich bald leichtsinnig werden. Und verschwenderisch. Ja, so wäre es, wenn ich Hohenzoller sein würde. Wenn ...

Zurück zur Wirklichkeit! Ich merke schon. Ich bin und bleibe ein armer Schläger. Und überlasse alles den anderen „besseren“ Menschen: Das Nichtarbeitenbrauchen und auch das Leichtsinnigsein. Und auch „mindestens für den Monat 2500 Mark“.

Gerhart Hauptmann im Schiller-Theater.

Nach all den Enttäuschungen der letzten Monate endlich ein Theaterabend von Gehalt, von aufrüttelnder keilischer Wirkung, ein Erlebnis: Gerhart Hauptmanns ein Vierteljahrhundert altes Schauspiel „Fuhrmann Henschel“ erwiebs in der gestrigen Neuaufführung im staatlichen Schiller-Theater seine ungebrochene dramatische Kraft. Als noch der Banke der 62jährige Dichter wieder den Zuschauerraum betrat, brausete der Beifall. Das war nicht ein traditionelles Handeln eines sensationslüsternen Premierpublikums, es war aus dem Herzen dringende Dankbarkeit ergriffener Menschen, die ihren Dichter verehren und ihn ehren wollten.

Der Regisseur Jürgen Fehling hatte ganze Arbeit getan. Die Aufführung war aus einem Guß. Ueber allen Heinrich George als Fuhrmann Henschel. So oft ich diesen innerlichen Schauspielers gesehen habe, immer war es eine eindringliche, unvergeßliche Leistung. Der Fuhrmann Henschel sahien George auf

den Leib geschrieben. Er hat die hünenhafte Figur, die rauhe Stimme und die schweren Bewegungen des Mannes aus dem Volke. Wie dieser Arie an Gestalt mit dem finlich schwachen Gemüt mit seinem Schicksal ringt und endlich dem Ansturm der feindlichen Mächte in stiller Verzweiflung unterliegt, die gläubige Zuversicht, recht zu handeln, mit der er in sein Verderben tappt, die plötzlich hervorquellende Freude, wenn er von neuem erwachenden Glück träumt, das ohnmächtige Zucken seiner ungeschlagenen Arme, der mühsam unterdrückte Wutausbruch aus gequälter Seele und endlich der Aufschrei gegen die antwortenden Unbilligkeiten seines verpfuschten Lebens, all das war wahrhaft erschütternd.

Neben diesem Künstler konnten die übrigen Darsteller nur nebensächliche Rollen spielen. Robert Tauber als Siebenhaar, Aina Laffen als kranke Frau Henschel, Fritz Hirsch als gedehnter Kellner George, Lucie Rannheim als lebensdürstiger Bassifisch geben ihr Bestes. Nur mit der Hanna Schil der Agnes Straub, der machtvollsterne Magd und späteren Frau Henschel, können wir nicht einverstanden sein. Sie war zu ekstatisch, ihre Verbossheit war zu stark aufgetrieben, als daß die Gestalt glaubhaft gewesen wäre. Immerhin ist auch diese Leistung nicht ganz ohne Lehren, wenigstens sie dem starken Eindruck des Abends Abdruck tat. Der Beifall war stark. Hauptmann, der Regisseur und George wurden stürmisch gerufen.

Malaria-Erreger in Deutschland. Besonndlich werden die Erreger der Malaria durch den Stich einer Mücke, Anopheles, übertragen. Nur da, wo dieser Moskitos vorkommt, kann die Malaria als Seuche auftreten. Man kannte in Deutschland bereits Fundorte dieser Plage aus der Rheinebene bis in die Gegend von Ludwigshafen und Mannheim. Im Krieg sind nun zahlreiche deutsche Truppen in durch Malaria verheulte Gegenden gekommen, und es bestand die Gefahr, daß die Krankheit durch Heimkehrer eingeschleppt würde, falls in den betreffenden Bezirken Anopheles vorkam. Wie in der „Mitschau“ berichtet wird, hat nun Prof. Stampel von der Universität Münster einen Sammelkursus nach diesen Risiken veranstaltet, der auf die verschiedenen Standorte des 7. westfälischen Korps ausgebeht war. Das gesammelte Material ergab, daß aus 13 Ständeren Anopheles-Mücken und Larven übergeben wurden. Der Moskitos ist also überall im Bezirk, stellenweise sogar sehr häufig zu finden.

Festspiele der Schule Hellerau. Die vom Frühjahr verhöbenten Festspiele der Schule Hellerau finden am 12. Oktober im staatlichen Schauspielhaus zu Dresden statt. Es wird die Entschlebung des Bühnensanges vom Kofoko bis zur allerfrühesten Moderne gezeigt. Besonderes Interesse beansprucht die reichhaltige Uraufführung des ersten Tanzfestes von Darius Milhaud: „Der Mensch und seine Schmach“ unter Mitwirkung eines Kammerorchesters und 18 Schlaginstrumenten.

Die erste allgemeine deutsche Kunstausstellung in Sowjet-Rußland soll am 15. Oktober im Historischen Museum in Moskau eröffnet werden. Die 450 zur Ausstellung gelangenden Arbeiten sind bereits in Moskau eingetroffen.

Humboldt-Hochschule. Das neue Programm mit 250 Vorlesungen, zahlreichen Einzelveranstaltungen, Vorträgen und Führungen ist locken erziehend und solltens in zahlreichen Buchhandlungen sowie im Hauptbüreau, Adenauer Str. 106, zu haben.

Abgabe an Hannover.

Zustimmung des Magistrats.

Hannover, 25. September. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Delegation des 6. Deutschen Städtetages hat folgenden Brief an den Magistrat und das Bürgervorsteherkollegium der Stadt Hannover gerichtet:

Die Stadt Hannover hat durch ihren Oberbürgermeister Leinert den Deutschen Städtetag im Frühjahr 1924 eingeladen, seine 6. Hauptversammlung in Hannover stattfinden zu lassen. Der Städtetagvorstand ist dieser Einladung gefolgt. Kurze Zeit danach hat die Mehrheit des Bürgervorsteherkollegiums beschlossen, den Abbau des Oberbürgermeisters Leinert einzuleiten. Dieses Verfahren hat zu Auseinandersetzungen geführt, die noch nicht abgeschlossen sind. Trotzdem hat wenige Tage vor dem Zusammenritt des Städtetages die Mehrheit des Magistrats beschlossen, gegen den Oberbürgermeister Leinert ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel auf Dienstentlassung einzuleiten. Am Tage des Empfanges wird uns bekannt, daß während der Tagung des Städtetages die Bürgervorsteher erneut zu dem Falle Stellung nehmen wollen. Sowohl dem Magistrat als auch dem Bürgervorsteherkollegium ist bekannt, daß der Oberbürgermeister dem Vorstand des Deutschen Städtetages und damit diesem selbst angehört. Diese Zusammenhänge mußten die städtischen Kollegien binden, auf ihre Stellung als Gastgeber Rücksicht zu nehmen. Die Stadt Hannover stand damit vor der Entscheidung, entweder die Einladung an den Städtetag zurückzunehmen oder ihre Beschlüsse in dem Streit mit dem Oberbürgermeister zeitlich so zu legen, daß die Tagung des Deutschen Städtetages mit diesen dringlichen Vorgängen nicht zusammenfiel. Diese selbstverständliche Pflicht haben die städtischen Kollegien verletzt. Darin erblicken wir einen Mangel an Takt, der uns zwingt, die Inanspruchnahme des Gastrechtes der Stadt Hannover abzulehnen.

Die sozialdemokratische Delegation nimmt danach an den Verhandlungen der Städtetages teil, nicht aber an den sonstigen Veranstaltungen, die auf Kosten der Stadt Hannover stattfinden.

Nach Abschluß der Inflationsperiode.

Prof. Eulenburgs Referat auf der Stuttgarter Tagung.

Stuttgart, 25. September. (Eigener Drahtbericht.) Heute trat in der Vormittagssitzung des Vereins für Sozialpolitik Prof. Eulenburg ein Bild der sozialen Lage Deutschlands nach Abschluß der Inflationsperiode. In den Kreisen des Besitzes, der Kapitalisten, sei einerseits die größte Enteignung der Weltgeschichte vorgekommen, die Enteignung der Weltkapitalbesitzer, andererseits sei der Realbesitz aus der Inflation hervorgegangen. Die Kreise der Unternehmer seien die eigentlichen Sünder der Inflation, im Mittelstand seien die Händler vernichtet, das Handwerk geschwächt, dagegen sei die soziale Stellung des Beamtentums gestärkt, die Arbeiter, die sich sozial in der Inflationszeit behauptet haben, verlieren nach der Stabilisierung Position um Position und werden auch in der Zukunft gekümmert sein, weil Mangel an Betriebskapital herrsche. Viele in der Bevölkerung seien degradiert und deklassiert. Trotz des elenden Bildes sei Sozialpolitik möglich. Der Aufstieg in die Zukunft werde aus dem Volke selbst kommen durch die Erkenntnis der Pflicht zur Arbeit. Das Referat stand in seiner Sachlichkeit, in seiner Herausarbeitung der gesellschaftlichen Tatsachen und in seinem wissenschaftlichen Kampf in wohlweislichem Gegensatz zum Referat von Sombart. Mit diesem Referat begann die eigentliche Tagung des Vereins für Sozialpolitik.

„Preßbanditen.“

Östlicher Rückzug vor dem Amtsgericht.

München, 25. September. (Eigener Drahtbericht.) Als sich kurz vor dem Hitler-Putsch die Zeitungsmeldungen aus Thüringen über die Zusammenziehung irregulärer Truppen an der nordbayerischen Grenze häuften und die amtlichen bayerischen Demenstis dagegen nichts mehr fruchten wollten, verbot der „Generalstaatskommissar“ von Rahr kurzerhand den „Vorwärts“, das „Berliner Tageblatt“, die „Börsen-Zeitung“ und die „Frankfurter Zeitung“ für ganz Bayern. Der „Börsen-Beobachter“ begrüßte am Tage vor dem Hitler-Putsch diese Maßnahme mit dem ungeschicklichen Zusatz: „Und die Münchener Vertreter der verbotenen Blätter, was geschieht mit diesen jüdischen Preßbanditen?“ Die Münchener Vertreter der genannten Zeitungen stützten daraufhin sofort Beleidigungsklage gegen den verantwortlichen Redakteur Stolzinger-Cerny an, die vor dem Amtsgericht München heute zur Verhandlung kam. Der Beklagte, vertreten durch Hillers Rechtsanwalt Kober, gab folgende Erklärung ab, die auf Kosten des Beklagten in der „Bayerischen Staatszeitung“ öffentlich bekannt gegeben wird: „Herr Stolzinger-Cerny erklärt: „Die in Nr. 227 des „Börsen-Beobachter“ vom 7. November 1923 an die Mitteilung von dem Verbot norddeutscher Blätter durch den Generalstaatskommissar geknüpfte Bemerkung ist ohne mein Wissen und ohne meinen Willen aufgenommen worden. Ich trage aber als verantwortlicher Schriftleiter des einschlägigen Teiles der Zeitung formell die preßgesetzliche Verantwortung für die Aufnahme. Ich habe mich mittlerweile überzeugt, daß den Herren Schriftstellern Uebel, Dr. Blum, Dr. Groth und Dr. Huldshimer der Vorwurf der Hege gegen Bayern nicht gemacht werden kann. Ich selbst hätte den Ausdruck „jüdische Preßbanditen“ nicht gebraucht und bedauere den Gebrauch des Ausdrucks. Ich übernehme die Kosten des Prozesses.“

Dieser Stolzinger-Cerny ist langjähriger Mitarbeiter der „Deutschen Zeitung“ und sonstiger östlicher Organe. Die Zurücknahme der Beschimpfung in diesem Falle bedeutet nicht, daß Stolzinger-Cerny ähnliche in jedem beliebigen Falle nicht anwenden würde.

Die Handelsvertragsverhandlungen.

Das Scheitern der deutsch-englischen Verhandlungen.

Wie die Telegraphen-Union von hiesiger zuständiger Stelle erfährt, teilt man im Auswärtigen Amt nicht die Auffassung Londoner Blätter, daß die deutsch-englischen Verhandlungen abgebrochen sind. Man könne lediglich davon sprechen, daß eine vorläufige Unterbrechung eingetreten sei. Es treffe allerdings zu, daß der englische Bevollmächtigte Fountain heute nach London abreise, um seiner Regierung Bericht zu erstatten. Aber bis jetzt habe es sich nur um unverbindliche Vorgesprächen gehandelt, die den Zweck hatten, eine Basis für die eigentlichen Handelsvertragsverhandlungen zu finden. Es sei selbstverständlich, daß im Laufe der Verhandlungen auch gewisse Meinungsverschiedenheiten aufgetreten seien. Die Engländer hätten einen Zolltarifaufschlag vorgelegt, der aber von Deutschland nicht in Bausch und Bogen angenommen werden könne. Es bestehe in Berlin jedoch kein Zweifel, daß sich gewisse entgegengesetzte Ansichten über die Gestaltung der künftigen Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und England noch ausgleichen lassen. Man ist der festen Überzeugung, daß die Vorgespräche bereits in den nächsten Wochen fortgesetzt werden.

„Proletarische“ Kleiderchau.

Die Mode schlägt die tollsten Kapriolen, und jeder, der sich noch ein wenig Besonnenheit bewahrt hat, weiß wahrlich nicht, wohin alles das noch führen soll. Da war es gewiß verdienstlich und eine Wohltat, Kleider sehen zu können, die den praktischen Bedürfnissen durchaus entsprechen, aber andererseits auch der Mode genügend Konzessionen machen. Die „Wertfreude“ hatte gestern abend in der Aula der Gemeindeschule in der Göttinger Str. 2 eine proletarische Kleiderchau veranstaltet. Für viele war es gewiß eine weite Reise hoch hinaus in den Norden. Aber von den vielen, die gekommen waren, hat niemanden die lange Fahrt gereut. Die Genossin Ilse Müller-Destreich hat vor Jahren bereits in der Magdeburger Str. 7 die „Wertfreude“ ins Leben gerufen. Mit einer Arbeiterin hat sie angefangen. Heute beschäftigt sie 14, und jeder ihrer Helferinnen gibt sie den angemessenen Lohn von 62 Pf. die Stunde. Hauptprinzip und vornehmste Aufgabe der „Wertfreude“ besteht darin, den kürzesten Weg vom Produzenten zum Konsumenten zu finden. In der „Wertfreude“ können unsere Genossinnen nicht nur ihre Kleidung anfertigen lassen. Sie erhalten dort auch Schuhwerk, Schmalz, gute Bücher und künstlerisch gediegene Bucheinbände. Die „Wertfreude“ verkauft auch an Wiederverkäufer. Sie verarbeitet vor allem nur gute Stoffe, so daß jeder, der dort kauft, auf das Beste bedient wird. Um den Genossinnen den Einkauf so bequem wie möglich zu gestalten, ist die Einrichtung getroffen worden, daß die Einzelnen in Raten bezahlen können.

Um einen kurzen Ueberblick über die Leistung der „Wertfreude“ zu geben, war gestern in der Aula eine Ausstellung aufgebaut, die eine Fülle des Interessanten bot. Da sah man Spielzeug für die Kleinsten von 10 Pf. an bis zu künstlerisch vollendeten Puppen. Man erblickte sehr schöne Stücke, Keramik, Käse, Kafen, man fand Bucheinbände, Rasierseifen und Schmalz für die Kleider, der von der Arbeitsgemeinschaft Berliner Handwerker stammte. Vor der Kleiderchau hielt Ilse Müller-Destreich einen kurzen Vortrag, der ein beherzigenswertes Appell an unsere Genossinnen darstellte. Sie betonte, daß man nicht nur Kleider so billig wie irgend möglich kaufen solle, daß man bedenken müsse, nicht nur, wie nutzlos ein solches Kleid sei, sondern vor allem auch, wie häufig genug die Firmen, die derartigen Schmutz fabrizierten, ihre Arbeiterinnen unter Tarif entlohnten. Die Vortragende wies darauf hin, daß es darauf ankomme, ein gutes Kleid sich anzuschaffen aus einem guten wollenen Stoff und eine Form zu wählen, die vor allem zwar zweckmäßig sei, aber trotzdem der Schönheit und auch schließlich bis zu einem gewissen Grade der augenblicklich herrschenden Mode Konzessionen mache.

Auf den mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte dann die Vorführung von etwa 40 Kleidern, und es war un schwer zu erkennen, daß diese Kleider, die in der „Wertfreude“ angefertigt werden, wirklich allen Erfordernissen entsprechen, die ein vernünftiger Mensch an den Stoff und seine Verarbeitung stellen muß. Leider ist die „Wertfreude“ noch zu wenig bekannt. Sie hat noch nicht so viel Aufträge von Genossinnen, wie sie braucht, um billig liefern zu können, und man muß die Hoffnung der Gründerin der „Wertfreude“ teilen, daß in Zukunft ihr Institut mehr und mehr von unseren Genossinnen in Anspruch genommen werden wird.

Millionenschiebungen beim Finanzamt Neukölln.

Die Versprechungen des Dr. Kopp.

Bei dem Hauptamt in Neukölln sind Spirituschiebungen aufgedeckt worden, durch die der Fiskus um fast 3 1/2 Millionen Goldmark geschädigt wurde. Einer der Hauptschuldigen, der Chemiker Dr. Franz Kopp aus der Landshuter Str. 17, hat sich der Verhaftung durch die Mithilfe entzogen, während der Oberzolinspektor Günther Duchs aus der Kaiser Friedrichstr. 34 in Neukölln und der Zollassistent Welsch verhaftet wurden. Welsch wurde jedoch alsbald wieder entlassen, da es den Anschein hat, daß er nur in sehr geringem Maße an den Unregelmäßigkeiten beteiligt ist. Bei dem Verhör leugnete Oberzolinspektor Duchs zunächst jede Beteiligung. Durch ein Teilgeständnis des Welsch aber sah sich die Stadt veranlaßt zuzugeben, daß auch er in nicht unerheblichem Maße die Schiebungen begünstigt habe. Er gab auch an, daß Dr. Kopp der eigentliche Anstifter gewesen sei. Er habe ihm größere Summen Geldes für seine Mithilfe gegeben und ihm auch versprochen, ihn und Welsch gelegentlich in bessere Stellungen zu bringen. Kopp habe erklärt, daß er als Mitglied der Zentrumspartei Aussicht habe, in die Regierung als Reichsfinanzminister berufen zu werden. Dann wolle er sein Versprechen einlösen. Die Gewinne, die Dr. Kopp unter Mitwirkung der beiden Zollbeamten gemacht haben soll, sollen dadurch entstanden sein, daß ihm unregelmäßig Spirit in der Menge von einer Million Liter an Stelle von verhältnismäßig geliefert wurde, wobei er an jedem Liter nicht weniger als 3,55 M. verdiente. Der vergrößerte Spirit wird zum Preise von 45 Pf. an die Industrie für chemische Zwecke abgegeben, während der zur Brauereibereitung gelieferte je Liter 4 M. kostet. Dr. Kopp soll den ihm als Industriespirit gelieferten Spiritus an Bierfabriken abgegeben und dadurch die oben angeführten Gewinne erzielt haben. Dr. Kopp soll sich angeblich seit vier Wochen auf einer Erholungsreise in Süddeutschland befinden. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei zur Feststellung seines Aufenthalts sind sofort eingeleitet worden.

Kurz vor Schluß des Blattes wird amtlich mitgeteilt, daß in die betrügerischen Manipulationen des Kopp Beamte und Angehörige der Reichsmonopolverwaltung für Brauereierzeugnisse verwickelt seien.

Die Abbaufont.

In Wilmersdorf wurde am Mittwoch der Abbau des einzigen sozialdemokratischen sowie des demokratischen Stadtraats von den Bürgerlichen beschlossen. Die Kommunisten enthielten sich bei dieser komischen Abstimmung der Stimme. Unser Genosse Doppel und der demokratische Stadtrat Eimm sollen der natürlich nur durch „sachliche“ Beweggründe beeinflussten bürgerlichen Abbaufont zum Opfer fallen. Genosse Vödemann bekämpfte unter Hinweis auf den im Landtag beschlossenen Antrag auf das schärfste dieses Vorgehen der Bürgerlichen. Insbesondere hob er die Wertschätzung hervor, die unser Genosse Doppel durch seine sachliche Arbeit im Interesse der Bevölkerung in Wilmersdorf erworben hat. Die Kommunisten erklärten, ihnen sei es ganz gleichgültig, wer abgebaut würde. Sie enthielten sich bei der Abstimmung der Stimme, so daß der Abbau mit 26 gegen 13 Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten beschlossen wurde.

Vorgesprächen der Jugendweihen.

Charlottenburg: Freitag, den 26., nachm. 4 Uhr, in der Aula der Schule Draniensstr. 18. — Schöneberg-Friedenau: Heute, Donnerstag, den 25., nachm. 5 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums Homuthstraße. — Treptow-Baumhulsenweg: Freitag, den 26., nachm. 5 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums Neue Regalallee 6. — Auf allen Vorgesprächen werden die Elternkarten zum Preise von 50 Pf. ausgegeben und sind dort ebenfalls Gastkarten zum Preise von 1 M. für Erwachsene erhältlich.

Das Verzeichnis der Postanstalten, Eisenbahnstationen usw. in Deutschland ist soeben in der Ausgabe für 1924 erschienen. Es kann bei jeder Postanstalt oder bei der Beheimen Konzei des Reichspostministeriums (Postfachkonto 38200 beim Postfachamt Berlin NW. 7) zum Preise von 2,40 M. bestellt werden.

J. R. 3 auf der Fahrt.

Abfahrt im Regen.

Friedrichshafen, 25. September. (Eigener Drahtbericht.) Die morgendlichen ersten Wettermeldungen aus Frankfurt a. M., aus Lindenberg und Königsberg folgten übereinstimmend eine leichte Besserung des Wetters voraus. So entschloß man sich kurzerhand zur Fahrt. Das Luftschiff selbst war am Mittwoch fertig gemacht worden und man hatte bis in die späten Abendstunden gearbeitet, denn die 30-Stunden-Fahrt soll unter den Bedingungen des Dyeonstufes angetreten werden. Deshalb hatte man den Ballast stark vermehrt, um auf diese Art und Weise die Befahrung zu erleichtern, die später durch die Brennstoffvorräte für die Ueberfahrt gegeben sein wird. Um 1/2 Uhr vermittelten sich alle Fahrteilnehmer in der Halle. Das Luftschiff wurde diesmal ganz besonders sorgfältig abgemessen, denn auf der bevorstehenden Fahrt, die den J. R. 3 wohl zum größten Teil durch Regen und Wind führen wird, mußte der Kommandant von vornherein mit der Ueberlastung rechnen, die entsteht, wenn die Außenhülle vom Regen getränkt wird. Gegen 1/9 Uhr war alles klar und die Kaufleute, die an der Spitze und am Heck des Luftschiffes hielten, zogen J. R. 3 aus der schützenden Halle heraus. An Bord befanden sich außer vier oder fünf Pressvertretern fast alle Mitglieder der amerikanischen Abnahmekommission, die auf dieser Fahrt bereits sich hauptsächlich in der Führergondel aufhalten werden, um die Bedienung der Maschine in der Praxis zu studieren. Um 9 Uhr 20 Min. war das Riesenschiff auf freiem Felde und nachdem die Halteanlage gelöst, gab Dr. Ederer den Rotorengondeln das Abfahrtsignal. Fast gleichzeitig sprangen die Riesenmaschinen an und in langamer Fahrt zog das Amerikaluftschiff in der Richtung nach der Schweiz davon. Zunächst kreuzte man über dem Bodensee noch geraume Zeit, um die funktentelegraphische Anlage zu prüfen. Denn auf dieser Fahrt soll der Beweis dafür erbracht werden, daß bei unübhlichem Wetter die Steuerung des Luftschiffes lediglich auf Grund der funktentelegraphischen Peilung möglich ist. Zu diesem Zweck sind bereits besondere Vorbereitungen in den Funkstationen in Königsberg, Bremen und Norddeich sowie mit neuen getroffen worden, die in der heutigen Nacht, wenn J. R. 3 sich über der Nordsee befindet, ständig mit der Funkstation an Bord in Verbindung bleiben und dem Kommandanten es möglich machen, in jedem Augenblick mit absoluter Bestimmtheit zu ermitteln, wo er sich befindet. Auf Grund dieser Peilungen nahm J. R. 3 um 10 Uhr in diesen Wolkenschichten nördlichen Kurs auf Frankfurt a. M. und entsand in weniger Minuten den Blicken des Beobachters auf dem Turm der Luftschiffhalle.

Tübingen, 25. September. J. R. 3 kam kurz vor 11 Uhr, über Ebingen fliegend, über der Stadt an. Er flog bei unsichigem Wetter sehr tief und in langsamer Fahrt über die Stadt hinweg in nördlicher Richtung. Auf den Straßen sammelten sich viele Menschen an und wollten dem Luftschiff, an dessen Fenstern man die Befahrung deutlich sehen konnte, lebhaft zu.

Horsheim, 25. September. Um 11 Uhr 15 Minuten hat das Zeppelin-Luftschiff, aus Süden kommend, die Stadt in geringer Höhe von etwa 200 Metern passiert. Die Begeisterung in der Stadt war ungeheuer. Die Fabriken gaben beim Erscheinen des Luftschiffes Sirenen Signale ab. In zahlreichen Betrieben verließen die Arbeiter die Werkstätten, um das letzte deutsche Zeppelin-Schiff zu sehen. Das Luftschiff flog sehr langsam, da es offenbar mit starkem Wind zu kämpfen hat. J. R. 3 verschwand in Richtung auf Heidelberg sehr bald in den Wolken.

Heidelberg, 25. September. Um 11 Uhr 45 Minuten kam J. R. 3 hier in Sicht. Die Bevölkerung war durch Aushänge von der bevorstehenden Ankunft benachrichtigt worden, und so ruhte schon eine halbe Stunde vor der wahrhaftigen Ankunft fast der gesamte Verkehr und die Arbeit in der Stadt. Auf den Dächern und in den Straßen standen viele Tausende, die das Schiff auf das lebhafteste begrüßten. In 250 Meter Höhe lag der J. R. 3 die Stadt. Das Wetter ist einigermaßen günstig, doch ist die Fernsicht durch schleppende Wolken außerordentlich gering. Das Luftschiff nahm nordwestlichen Kurs auf Frankfurt a. M. Schon von Hirschheim aus hatte der Führer um 11 Uhr 20 Minuten sich mit Heidelberg und Frankfurt funktentelegraphisch in Verbindung gesetzt.

Sturm über Skandinavien und Finnland.

Der Orkan, der über ganz Skandinavien hinweggezogen ist, hat in den finnischen Küstenstädten große Ueberflutungen verursacht. Seit hundert Jahren hat das Wasser in den südfinnischen Häfen nicht so hoch gestanden, wie heute. Aus Viborg, aus Terijoki u. a. Orten kommen Anflugmeldungen, Menschen, Vieh ertranken, Telephon, Telegraphen, Eisenbahnlinien sind zerstört. Aus Schweden wird gemeldet, daß der hohe Wasserstand des Benner-Sees unübersehbar Schaden angerichtet hat. Ein 4000 Meter langer Erdwall, den man zum Schutz errichtet hatte, wurde durchbrochen. Viele Morgen fruchtbarer Landes sind überschwemmt. Aus Südschweden, Norwegen und Dänemark meldet man gestrandete Schiffe. Alle erfahrenen Schiffer betonen, niemals einen solchen Sturm erlebt zu haben. In vielen skandinavischen Fischerdörfern hält man Ausschau nach Booten, die nicht mehr heimzukehren scheinen. Ueberall treiben Schiffstrümmern an. Um 3 Uhr nachts strandete nördlich von Skonor die deutsche Galeasse „Armgard“. Wegen des starken Sturmes konnte man sich nicht mit ihr in Verbindung setzen. Sechs Leichen sind an Bord getrieben, von denen man zwei an Hand der Traurige identifizieren konnte.

Der englische Luftseerestaurant Sir Seston Brander ist gestern abend 7 Uhr in Staaken eingetroffen. Sir Seston parierte in period Airways Ltd., einem Schwellerunternehmen des deutschen prival Airways Ltd., einem Schwellerunternehmen des deutschen Aero-Clubs. Es ist dies dasselbe Flugzeug, mit welchem er seinen Flug London—Langer in 14 Stunden zurücklegte. Um 2 Uhr erfolgte die Landung in Amsterdam. In Hannover wurde von 5,25 bis 5,38 Uhr Aufenthalt genommen zur Einnahme von Benzin. Die Landung in Staaken ging trotz der bereits eingetretenen Dunkelheit glatt von statten. Sir Seston Brander wird sich zwei bis drei Tage in Berlin aufhalten und Besprechungen mit amtlichen Stellen führen.

Raubüberfall auf einen Eisenbahnzug. Auf der wohnigen Eisenbahnlinie Prochont—Lubca wurde auf den Zug, in welchem sich der Polizeiwache Downarowicz, der Bischof Polinski, der Bezirkskommandant der Polizei Mikusowicz und der Senator Bychow befanden, ein Anschlag verübt. Durch die Explosion einer Bombe im letzten Wagen wurde der Zug zum Stehen gebracht. Die Reisenden sahen sich darauf einer 40-köpfigen Räuberbande gegenüber, welche mit Handgranaten und Karabinern ausgerüstet war. Sämtliche Reisenden wurden beraubt und es wurde ihnen über das geraubte Gut eine Quittung ausgestellt. Einer der Reisenden, der sich zur Wehr setzte, wurde getötet. Starke Polizeikräfte sind zur Verfolgung der Bande ausgeschickt worden.

Schwere Explosion in einer Stickstoffabrik. Auf dem Letralinwerk II einer Stickstoffabrik bei Dessau ereignete sich eine schwere Explosion, die sehr großen Materialschaden verursachte. In weitem Umkreis wurden die Fensterheben zertrümmert. Die Erschütterung, die durch die Explosion verursacht wurde, wurde noch in Zerbst wahrgenommen. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Alternrat Berlin-Weißensee. Prof. Dr. Lampe hält heute, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr in der Aula des Realgymnasiums einen Vortragsabend über die Alpen.
Verein der Freunde für Feuerbestattung G. D., Gau Berlin. Friedrichshagen, Bezirk 5. Donnerstag, den 25. September, 8 Uhr. Vorträge des Obmanns, Franzfurter Aler: Desentlicher Filmvortrag. Eintrittsgeld 30 Pf.

Die Haus-Antenne.

Ein Ausweg für Rundfunkteilnehmer.

„Von heute sieht man auf vielen Großstadthäusern ein Gewirr von Antennenstrahlen, und dennoch gibt es in solchen Häusern noch manche Bewohner, der gern an dem Rundfunk teilnehmen würde, wenn er nur noch Platz für seine Antenne fände. Ganz abgesehen davon, daß es räumlich unmöglich wäre, auf einem Wohnhause mit 3, 4, 24 Mietern 24 Antennen anzubringen, ist es auch ferner ausgeschlossen, den Rundfunk ungestört zu genießen. Die sehr nahe beieinander liegenden Antennen werden ein dauerndes gegenseitiges Stören herbeiführen, das sich im Schwanken der Lautstärke bemerkbar macht. Werden aber gar Rückkopplungsampfer benutzt, so wird nur Pfeifen und Heulen vernehmbar sein. Solche Fälle sind mehrfach vorgekommen, und die Betroffenen haben sich zusammen und schickten eine mit vielen Unterschriften versehene Beschwerde-Schrift an den Rundfunksender, in der sie den Sender für ihre technische Unkenntnis verantwortlich machten.“

Wie ist nun in solchen Fällen Abhilfe zu schaffen? — Obgleich man dahingehende Fragen selbst in Fachzeitschriften immer in negativem Sinne beantwortet findet, ist es doch möglich, alle Hausbewohner an eine einzige Antenne anzuschließen. Man benutzt hierzu eine sogenannte aperiodische Antenne. Eine derartige Antenne besitzt wohl auch Nachteile, sicher aber für den oben erwähnten Fall große Vorteile. Sie besteht aus dem üblichen Luftleiter in Form eines T oder L, und zwar können die höchsten Stützpunkte gewählt, überhaupt der beste Platz für die Luftleiter ausgewählt werden, denn es wird auf keine andere Antenne mehr Rücksicht zu nehmen sein. Die Niederspannung wird auf Isolator an der Hauswand abwärts geführt und weist in jeder Etage eine Kopplungspule auf, um schließlich ganz unten an der Wasserleitung geerdet zu werden. Mit Hilfe der Kopplungspulen kann nun in jeder Etage eine Empfangsapparatur ebenfalls mittels Spule angeschlossen werden. Selbstverständlich wird die Energie, die den Empfangsapparatur durch die Antenne über die Kopplungspulen zugeführt wird, bedeutend geringer sein, als bei direkt angeschalteter Antenne. Man wird daher hier nur Röhrenempfänger verwenden, die mit Rückkopplung versehen, selbst in schwachem Zustand sich gegenseitig nicht stören können, da die nicht abgestimmte aperiodische Antenne nicht mitschwingt. Ferner besteht die Möglichkeit des gleichzeitigen Empfangs verschiedener Wellenlängen. Es kann also in der 1. Etage Berlin empfangen werden, in der 2. Leipzig, in der 3. England und in der 4. sei keine Apparatur gefopelt. Schließlich ist keine durch Schalter zu betätigende Erdung erforderlich, weil die Antenne ja dauernd geerdet ist. Derartige Antennen sind im Auslande schon vielfach in Betrieb, und es ist anzunehmen, daß sie auch bei uns Anklang finden werden.

Ein neuer Rundfunksender Berlin II. Zu dieser Werbung wird uns von zuständiger Seite geschrieben, daß es richtig ist, daß in den Räumen am Magdeburger Platz, in denen der von der Firma Huth gelieferte Sender Berlin II sich befindet, noch ein weiterer Sender von der Telegraphenverwaltung aufgestellt wird. Es ist aber danach nicht zutreffend, daß der von Huth gelieferte Sender den Anforderungen der Telegraphenverwaltung nicht entspräche. Der neue Sender ist zur Aushilfe und für Versuche bestimmt.

Rinderbankfest.

Im Saalbau Friedrichshain herrschte in den Dienstag-Nachmittagsstunden frohes Leben und Treiben. Wohl 3000 Kinder hatten sich hier versammelt, um den Quatern die Dank für die tägliche Speisung abzustatten. Die Bühne war mit frischem Grün geschmückt, während rechts und links davon die Fahne der Republik weht. Das Bezirksamt Friedrichshain, Abteilung Jugendpflege, hatte ein gutes Programm zusammengestellt. Die Stadt Berlin vertrat die Stadträtin Genossin Wegl, während vom Bezirksamt Friedrichshain Bürgermeister Genosse Rieckh erschienen war. Von den Quatern, die sehr lehrreich so großzügiges Werk einstellten, bemerkte man Mr. Ma Raster von den amerikanischen Quatern, Mr. Harres, Mrs. Garret, Mr. und Mrs. Kelly von den englischen Quatern. Mit dem städtischen Huldigungsmarsch wurde die schlichte Feier eröffnet. Dann folgte ein Vortragsprogramm von Henning Duderstadt, den ein Mädchen gut zu Gehör brachte. In einer Ansprache bemerkte u. a. Bürgermeister Genosse Rieckh, daß, wenn unsere amerikanischen und englischen Freunde jetzt ihr großzügiges Hilfswerk leiser einstellen, wir versuchen müssen, uns selbst zu helfen. Viel haben die Menschenfreunde jenseits des Ozeans für unsere Kinder getan und wir sind ihnen heißen Dank schuldig. Das Werk der unerschöpflichen Helfer fortzuführen, soll und muß unsere Parole sein. Stadträtin Genossin Wegl überbrachte die Grüße und den Dank des Oberbürgermeisters. Das, was die Quatern für Berlin getan haben, wird die Stadt nie vergessen. Nach Abwicklung des Programms wurden die Kinder mit Milch bewirtet, außerdem erhielt ein jedes eine Stolle. Mit dem Märchenfilm „Tschöckel und die Dicht“ hatte die Feier ihr Ende erreicht.

Ein Fortbildungs-Kursus für Angehörige der sozialen und pädagogischen Berufe wird am 1. Oktober ab in Berlin W. 30, Barbarossastraße 65, abgehalten werden. Der Lehrgang bezweckt einerseits ein tieferes Eindringen in die besonderen Bedingungen und Formen der sozialen Arbeit, andererseits eine Wechselwirkung zwischen dem Gebiet der sozialen und pädagogischen Aufgaben. Veranstalter und Träger dieses Fortbildungskurses sind: Die Soziale Frauenschule, Leiterin: Dr. Alice Solomon, das Pestalozzi-Fröbelhaus, Leitung: Hildegard und Hildegard von Herke und die Soziale Frauenschule der Inneren Mission, Leiterin: Gräfin von der Schulenburg. Auskunft gegen Einzahlung von 25 Pf. in der Sozialen Frauenschule, Berlin W. 30, Barbarossastraße 65.

Zur Vorbereitung auf die Realschul-Schlußprüfung beginnen für berufstätige Herren und jetzt die Schule verlassende Volksschüler der Oberklasse im Oktober Abendkurse. Anmeldung: Dienstag und Freitag von 7 bis 8 Uhr im Schulgebäude Gipsstr. 23a, Zimmer 21, oder schriftlich an die Autohofbau-Vereinigung, Berlin RD. 55, Prenzlauer Allee 175. Unterrichtszeit: zweimal wöchentlich je 2 Stunden. Dauer: 2 bis 3 Jahre. Honorar: 6 M. monatlich.

Carlsbad-Badung Lichterode. Der Verein für Heiltherapie und Carlsbad-Badung veranlaßt noch wöchentliche Kurse am Sonntag, den 2. September im Badereferat wieder eine Carlsbad-Badung, die in Licht, Gemüte und deren Gegenständen trotz der Unruhe der Zeiten eine erfreuliche Belebung aufweisen wird. Die Öffnung erfolgt mittags 11 1/2 Uhr. Einlaß bereits von 8 Uhr ab.

Gewerkschaftsbewegung

Erwerbslosenfürsorge und Krankenkassen.

Der Kampf der Gewerkschaften für die Besserstellung der Erwerbslosen (Sonntagsausgabe des „Vorwärts“) muß auch von den Krankenkassen energisch unterstützt werden. Der systematische Abbau der Erwerbslosen- und Kurzarbeiterfürsorge, die geringen, zur Bestreitung des notdürftigsten Lebensunterhalts nicht entfernt ausreichenden Unterstützungssätze, die Voraussetzung des Unterstützungsanspruchs von dem Nachweis einer Bedürftigkeit, die Ausschaltung Jugendlicher von den Leistungen, die Anrechnung irgendwelcher Bezüge von Familienmitgliedern auf die Unterstützung zwingen viele Erwerbslose und Kurzarbeiter, an Stelle der Erwerbslosenfürsorge die Leistungen der Krankenkasse in Anspruch zu nehmen. Der 28. Krankenkassenrat in Hamburg hat deshalb bereits in einer Entschließung die Aufmerksamkeit der Regierung auf diese Tatsache hingelenkt und zur Entlastung der Krankenkassen eine Ausgestaltung der Erwerbslosenfürsorge gefordert. In welchem Umfang die Krankenkassen durch die fortschreitende Wirtschaftskrise und den Abbau der Erwerbslosenfürsorge in Mitleidenschaft gezogen wurden, zeigen folgende Zahlen. Die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin hatte im

Monat	Mitglieder	Arbeitsunfähig Kranke
Dezember	457 070	11 111
Januar	460 467	14 826
Februar	474 880	19 071
März	449 890	20 822
April	428 544	21 790
Mai	422 660	23 114
Juni	404 407	27 820
Juli	388 090	30 498

Während sich die Zahl der Versicherten mit dem Fortschreiten der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit ständig verringerte, stieg die Zahl der unterstützungsbedürftigen Kranken trotz eines normalen Gesundheitszustandes der Bevölkerung, trotz des Fehlens epidemischer Erkrankungen in einem für die Krankenkassen unerträglichen Maße. Den durch den Mitleidenschaftszug verminderten Beitragseinnahmen standen sich dauernd steigende Ausgaben gegenüber. Eine große Anzahl von Krankenkassen geriet deshalb in Zahlungsschwierigkeiten. Welche Mittel zur Deckung der Unterstellungen benötigt wurden, zeigt am besten nachstehendes Bild. Die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin hatte allein als Krankengeld auszusahlen im

Januar	261 288	Goldmark
Februar	897 283	
März	598 831	
April	638 386	
Mai	767 310	
Juni	630 890	
Juli	1 197 819	
August	1 072 077	

Wenn man berücksichtigt, daß die Krankenkasse außerdem noch die umfangreichen Kosten der ärztlichen Behandlung, der Arzneien, Krankenhauspfege, Wochen- und Familienhilfe, Sterbeunterstützungen usw. aufzubringen hatte, dann läßt sich erkennen, in welchem Umfang die Krankenkassen von der Einschränkung der Erwerbslosenfürsorge betroffen werden. Die Erwerbslosenfürsorge ist tatsächlich auf Kosten der Krankenversicherung abgebaut worden. Die volle Wucht der Wirtschaftskrise haben jetzt die Krankenkassen zu tragen. Während die Zahl der von der Erwerbslosenfürsorge unterstützten Erwerbslosen im Laufe des Jahres auf ein Viertel herabgegangen ist, stieg die Zahl der unterstützten Krankenmitglieder von 3,21 auf 7,80 Proz. Solange die Erwerbslosenfürsorge in ihrer jetzigen Gestalt die Erwerbslosen zwingt, sich und ihrer Familie durch Inanspruchnahme der höheren und leichter zu erlangenden Krankenkassenunterstützung eine Lebensmöglichkeit zu verschaffen, werden die Mittel der Krankenkassen ihrem eigentlichen Zwecke entzogen. Diesem auf die Dauer unerträglichen Zustande kann nur durch einen Ausbau der Erwerbslosenfürsorge, durch eine Besserstellung der Erwerbslosen, durch Fortfall aller unzulässigen gewordenen einengenden Vorschriften ein Ende bereitet werden. Eine umfassende und ausreichende Erwerbslosenfürsorge erleichtert die Aufgaben der Krankenkassenversicherung.

G. W a s e m i h.

Der Reichsverkehrsminister als Tarifkontrahent.

Durch Tarifvertrag ist zwischen dem Reichsverkehrsministerium — Abteilung Wasserstraßen —, dem Ministerium für Handel und Gewerbe, dem Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten unter anderem folgendes vereinbart:

„Die Anrufung des Gerichts ist erst dann zulässig, wenn die Einigungsverhandlungen zwischen der Verwaltung und dem Vertreter der Arbeitnehmervereinigung, der der Arbeiter angehört, ergebnislos geblieben sind.“

Handeln die Gewerkschaften nach dieser Vereinbarung, dann verlangen einzelne Dienststellen für die Beantwortung Gebühren, gestützt auf eine preussische Gebührenverordnung (Gesetz vom 29. September 1923). Die Dienststellen betrachten also einen Tarifkontrahenten des Ministeriums wie einen Privatmann, der ein Geschäft an sie richtet. Nach dieser barocken Ansicht, die nicht allein in Deutschland, sondern in der ganzen Welt allein steht, müßten auch für die Beantwortung von Rückfragen aus anderen Ministerien oder Dienststellen Gebühren erhoben werden.

So richtete der Deutsche Verkehrsbund zwecks Beilegung einer Differenz eine Eingabe an das Wasserbauamt Rathenow. Für die Beantwortung forderte das Wasserbauamt per Nachnahme 1,40 M. Die Zahlung wurde vom Verkehrsbund selbstverständlich abgelehnt, trotz Androhung der Zwangsvollstreckung. Das Wasserbauamt Rathenow hat darauf die Zwangsvollstreckung eingeleitet. Es sind bereits dreimal ergebnislose Beitreibungsvorwürfe unternommen.

St. Bureaukratie zeigt sich hier in höchster Vollendung. Neben mehrmaligen Schriftwechsel mußte ein Beamter (bis jetzt) dreimal

das Bureau des Verkehrsbundes aufsuchen. Die hierdurch entstandenen Kosten betragen das Vielfache des angeforderten Betrages. Wir gestatten uns die Anfrage an den Reichsverkehrsminister, ob dieses Vorgehen mit dem abgeschlossenen Tarifvertrag in Einklang zu bringen ist, und ob das Vorgehen des Wasserbauamts Rathenow vom Minister gedeckt wird. Wir halten das zwar für ausgeschlossen, richten diese Frage an den Minister nur in der Erwartung, daß unermüdet Anweisung gegeben wird, um diesem grotesken Verhalten von Dienststellen ein Ende zu machen.

Tarifabschluss in der Silberwarenindustrie.

In der Silberwarenindustrie ist es zum Neuaufschluß eines Manteltarifvertrages gekommen. Die Unternehmer hatten die Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit von 46 1/2 auf 48 Stunden verlangt. Sie erklärten allerdings, daß sie den Achtstundentag nicht angreifen wollten, nur für die Zeiten des guten Geschäftsganges möge ihnen Gelegenheit gegeben sein, schnell und ohne höhere Bezahlung von Ueberarbeit produzieren zu können. Zu diesem Zweck sollte auch der Ueberstundenzuschlag erst von der zweiten Stunde an beginnen.

Das sind so ungefähr allemal die Begründungen der Unternehmer für ihre Anträge auf Befreiung des Achtstundentages und deshalb lehnte auch die Verhandlungskommission der Silberarbeiter alle Verschlechterungsabsichten ab und beschloß, den Arbeitgebern eine Forderung auf Erhöhung aller Stundenlöhne um 20 Pf. zu überreichen. Nach langen Verhandlungen ließen schließlich die Arbeitgeber alle Anträge fallen, konnten sich aber auch nicht zu einer Lohnhöhung verstehen. Um wenigstens für ihre Auftraggeber etwas nach Hause zu bringen, verlegten sich die Unterhändler der Arbeitgeber darauf, bei der redaktionellen Festlegung der einzelnen Abschnitte des Tarifs die größten Wortlauberereien vorzunehmen. Sie verlangten eine genaue Umschreibung der Bezeichnung „erste Ueberstunde“. Trotz jahrelanger Prognosen waren sie sich mit einem Male im Zweifel, ob damit die erste Stunde am Tage oder in der Woche gemeint sei. Es wurde natürlich für die Bezahlung des Ueberstundenzuschlages die erste Stunde am Tage festgelegt. Eine andere Bestimmung des Tarifs besagte, daß Ueberstunden nur „in dringenden Fällen“ angeordnet werden dürfen. Hier verlangten die Unternehmer die Bänderung des Wortes „dringendsten“ in „dringenden“ Fällen. Schließlich mußte noch nach dem Tarif dem Betriebsrat Auskunft über die Notwendigkeit der Ueberarbeit gegeben werden. Die Unternehmer fanden, daß diese Verpflichtung zu weit führen könnte und so wurde auf ihr Verlangen für das Wort „sachliche“ Auskunft eingefügt. (1) Man sieht, daß die Arbeitgeber trotz aller Geschäftsjorgen noch viel Zeit haben.

Eine überfüllte Versammlung der Silberarbeiter nahm noch einem Bericht von Henschel, der als Vertreter des Metallarbeiterverbandes an den Verhandlungen teilgenommen hatte, den „neuen“ Manteltarif gegen eine größere Minderheit an. In der Frage der Lohnhöhung erhielt die Branchenkommision von der Versammlung Verhandlungsvollmacht.

Internationaler Kongress der Postangestellten.

Vom 14. bis 17. September tagte in Wien die Internationale der Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten. An dem Kongress nahmen 60 Delegierte und 10 Gäste teil, die 24 europäische und zwei außereuropäische Landesverbände mit insgesamt einer halben Million Mitglieder vertraten. Zum ersten Male war die amerikanische Berufsorganisation auf einem internationalen Kongress vertreten. Der Kongress sprach sich für das Mitbestimmungsrecht des Personals bei Beförderungen aus und legte Verweigerung gegen alle Versuche auf Enttätlichung der Betriebe. Weitere Beschlüsse fordern die Ausgestaltung des Postwesens und des internationalen Arbeitsamts, die Förderung der Esperanto-Bewegung und internationale Unterstützung aller Arbeiterorganisationen, die der Förderung des Achtstundentags dienen. Ein Antrag auf Annahme der Russen in die Postinternationale wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt, bei Stimmenthaltung der Engländer. Der Vollzugsausschuß und der internationale Sekretär Dr. Raier wurden wiedergewählt.

Der Mitgliedsbeitrag wurde mit 10 Schweizer Centimes festgesetzt und kann in besonderen Fällen bis zum Mindestbeitrag von 3 Schweizer Centimes herabgesetzt werden.

Englische Gewerkschaftsdeputation nach Rußland.

London, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalrat der britischen Gewerkschaften hat beschlossen, eine Deputation von Gewerkschaftsführern zum Studium der sozialen, industriellen und politischen Bedingungen Rußlands nach Moskau zu senden. Hoffentlich hat sie Gelegenheit, die Dinge so zu sehen wie sie sind und läßt sich nicht durch Potemkinsche Dörfer führen.

Das Berliner Sinfonieorchester (Blüthner-Orchester) ist gesperrt! Nachdem das Berliner Sinfonieorchester (Blüthner-Orchester) der kämpfenden Berliner Theatermusikerschaft durch Stellung von Musikern in einem der gesperrten Betriebe in den Rücken gefallen ist, wird hiermit über das Berliner Sinfonieorchester (Blüthner-Orchester) die strengste Sperre verhängt. Kein Kollege darf jetzt Engagement beim Blüthner-Orchester annehmen oder sich diesem Orchester zu Ausschüssen zur Verfügung stellen. Auch ist ein Zusammenarbeiten mit Mitgliedern dieses Orchesters an anderen Stellen abzulehnen.

Deutscher Musikerverband, Ortsverwaltung Berlin.

In Rastowitz fordern die Arbeiter der Schmirindustrie eine Lohnerrhöhung von 15 Proz. Diese Forderung wurde von den Arbeitgebern mit der Begründung abgelehnt, daß bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage die Wirtschaft eine derartige Belastung nicht ertragen könne. Außerdem sei den Arbeitern durch eine Lohnerrhöhung nicht geholfen, da die Kohlen- und Eisenpreise entsprechend steigen würden. Ferner würden die Abwärtstendenzen dadurch erschwert und Feuerstätten im größeren Umfang als bisher eingelegt werden. Da keine Einigung erzielt wurde, haben sich die Arbeitnehmer weitere Schritte vorbehalten.

Verantwortlich für Politik: Carl Kauter; Wirtschaft: Walter Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kulturelle: Dr. John Schlotmann; Volles und Gantloes; Reichsarbeit: Anzeiger; H. Bloch; (ähnlich in Berlin). Berlin: Formwirts-Berlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Formwirts-Berlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Infolge eines am Freitag, den 19. Sept. früh, erlittenen Unglücksfalles verschied abends, am 11 1/2 Uhr an den Folgen seiner Verletzungen mein lieber Onkel, mein Schwager und Onkel meines Onkels, Herr Richard Böike, im 36. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Sept. 10 Uhr nachmittags, an der Friedhofstraße des Gemeindefriedhofes Wilmersdorf statt. Richard Böike, Wilmersdorf, den 24. September 1924.

Linoleum-Rausch
Warschauer Straße 6
10 billige Cocos-Tage!
Läufer u. Matten bedient, herabgesetzt.
Linoleum-Läufer
67 cm breit à Mtr. 2,25
90 cm breit à Mtr. 3,50
100 cm breit à Mtr. 3,75

Ich verschenke
an meine Kunden in den Monaten August bis Dezember
Speise- u. Schlafzimmer, Küchen usw.
Diese Gegenstände sind bei der Firma FECHNER & PREIDEL, Möbelfabrik, Neue Schönhauser Straße 2, ausgestellt. Ferner können 50 Preise à 10,- Mark zur Verteilung. Keine Einzahlung irgendeines Betrages erforderlich. Kein Preisauflschlag. Bedingungen unverbindlich im Laden.
Trauringe
1 Ring 900 Dukaten Gold von M. 5,00 an
1 Ring 885 gestemp. von M. 4,00 an
1 Ring 333 gestemp. von M. 2,00 an
H. Wiese, Juweller
Berlin N., Artilleriestr. 30
Berlin W., Passauer Str. 12
Preisliste gratis
Beim Umlausch werden die bei mir gekauften Ringe innerhalb eines Jahres zum vollen Preis zurückgenommen.

Altes Spezialgeschäft in Kamelhart-Schiff-Relief-Deden-Ertlofen-Strümpfen-Fries
billigste Tagespr.
Gebrüder Pflanz
Berlin SW.
Friedrichstr. 285
Ede Zimmerstr.

Herrengarderobe
Einsegnungs-Anzüge vom Einfachsten bis Elegantesten
auf Teilzahlung ohne Aufschlag
Meyer's Kaufhaus
am Barbarossaplatz
Eisenacher Str. 90-91
Neu aufgenommen: Teppiche
Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtanfrage des „Vorwärts“ und trotzdem billig!

Verlangen Sie beim Einkauf ausdrücklich den echten **Kapitan-Kautabak**. Nur dann sind Sie sicher, ein erstklassiges beutes Fabrikat zu erhalten. In den meisten Geschäften erhältlich. Neue Niederlage, richtet ein C. Röcker, Berlin, Lichtenberg Straße 22 (Kgl. 1841).

Hosen Hosen
jeder Art kaufen Sie am besten und billigsten in d. Münchener-Gladbacher Hosen-Zentrale.
Herren- und Knaben-Anzüge, Hosensträger, Stutzen sehr preisw.
München-Gladbacher Hosen-Zentrale
Rägener Str. 25 (nahe Gesundbr.)
Blauer Laden — Fahrgeldvergüt.